

## Bebels SPD und Thälmanns KPD boten dem Antisemitismus die Stirn Keinen Fußbreit Boden den Faschisten!

Am 24. Oktober 2008 lehnte die CDU/CSU-Fraktion einen gemeinsamen Antrag der Bundestagsparteien gegen Antisemitismus mit der Begründung ab, die ihn mit einbringende Partei Die Linke sei – wie zuvor bereits die SED – antisemitisch. Seitdem wird diese Behauptung immer dann wiederholt, wenn die PDL Israels Politik kritisiert. Dabei wäre nicht nur der CDU, sondern auch anderen Bundestagsparteien anzuraten, sich mit der Geschichte ihrer Parteien in bezug auf diese Thematik etwas gründlicher auseinanderzusetzen. „Die CDU“, schreibt ihr Prof. Moshe Zuckermann von der Universität Tel Aviv ins Stammbuch, „ist die letzte Partei, die es sich leisten kann, linke Institutionen bei der Unterzeichnung einer – wie auch immer gearteten – Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus auszugrenzen.“

Natürlich ist es völkerrechtswidrig, daß Israel jetzt in Libanon befindlichen Palästinensern, die vertrieben wurden, nicht nur das Recht auf Rückkehr entzieht, sondern auch der arabischen Bevölkerung des Landes die eigenstaatliche Souveränität in den ihr belassenen Gebietsteilen Palästinas – im Gazastreifen und im Westjordanland – verweigert. Gigantischer israelischer Siedlungsbau in diesen Gebieten, Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen, Negierung aller diesbezüglichen UN-Resolutionen stehen dem immer wieder von Israel eingeforderten Opferstatus entgegen.

Der imperiale Staat Israel und das Judentum sind nicht identisch. Es ist keineswegs nur Religion, sondern auch eine eigenständige Kultur, die über die Jahrhunderte das Geistesleben nicht zuletzt in Europa befruchtete und es zu großen Leistungen befähigte.

Wo muß der Platz linker Kräfte der BRD in diesem Konflikt sein?

Zunächst ist festzustellen, daß der Antisemitismus keine originäre Erfindung der Faschisten ist. Er zog sich als religiös verbrämte Judenfeindschaft jahrhundertlang durch die deutsche und europäische Geschichte. Erst nachdem der Kapitalismus in Deutschland in sein imperialistisches Stadium eingetreten war, prägte er einen neuen Antisemitismus. Dieser basierte auf Pseudotheorien, welche die Gleichwertigkeit der Völker, Rassen und Nationen leugneten, die Menschen in Angehörige einer „arischen Herrenrasse“ und „Untermenschen“ einteilte. Rassismus und Antisemitismus wurden zu propagandistischen Kampfinstrumenten des nach Expansion und Weltherrschaft strebenden deutschen Imperialismus. Eingesetzt wurde dieses Doktrin vor allem auch als ideologisches Instrument gegen die auf den Lehren von Marx fußende junge deutsche Arbeiterbewegung.

Justizrat Heinrich Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes und Interessenvertreter der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie, schrieb 1912: „Die Träger und Lehrer des heute herrschenden Materialismus sind die Juden; seine deutschgeborenen Anhänger sind den angeborenen Instinkten entfremdete Verführte.“ Weiter heißt es dort: „Wer zu der Sozialistengefahr für das Reich die richtige Stellung gewinnen will, muß sich darüber klar sein, daß die Massenvergiftung deutscher Wähler ohne die Mitwirkung des Judentums gar nicht möglich gewesen wäre, daß die wahren Führer Juden sind.“ Demge-



Der Anfang: SA-Leute fordern zum Boykott jüdischer Geschäfte auf.

genüber hatte Karl Marx bereits in den Allgemeinen Statuten der Ersten Internationale vom Oktober 1871 die Feststellung getroffen: „Daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität.“ Damit war die bürgerlich-humanistische Idee von der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, in der Weltanschauung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung aufgehoben. Das bedeutete zugleich die Ablehnung jeglichen Anspruchs, zu einem auserwählten und bevorzugten Volk zu gehören. Es ist unzweifelhaft das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, daß rassistische und antisemitische Auffassungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung hierzulande nicht Raum greifen konnten. So lehnten Berliner Arbeiter auf einem sozialdemokratischen Massenmeeting am

11. Januar 1881 Versuche der Herrschenden ab, die den jüdischen Mitbürgern verfassungsmäßig garantierte staatsbürgerliche Gleichstellung zu schmälern. Nur drei Monate später, am 11. April, protestierten Zehntausende Berliner Arbeiter gegen eine Petition, für die Antisemiten 250 000 Unterschriften gesammelt hatten. Paul Singer, Jude und Sozialdemokrat, wurde in seinem Wahlkreis trotz wüthender antisemitischer Hetze in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, in der er bis zu seinem Tode Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion blieb. Schließlich zog er sogar als Abgeordneter in den Deutschen Reichstag ein. Dort erklärte er am 11. September 1884: „Meine Kandidatur geht in ihrer Bedeutung weit über meine Person hinaus. Sie gibt die Gewißheit, daß die Arbeiter auch in Zukunft die Gleichheit für alle hochhalten werden, daß sie nicht fragen werden, wer ist der Mann, sondern wie ist der Mann.“

Als gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland eigenständige antisemitische Bewegungen und Parteien entstanden, beschäftigte sich die SPD intensiver mit dieser Frage. In der von August Bebel ausgearbeiteten und vom Parteitag 1893 angenommenen Resolution heißt es: „Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum großen Teil durch diese dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursachen ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen dieselbe hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeutertum ... Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine spezielle jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt ... Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung.“

1894 erschien Bebels Schrift „Sozialdemokratie und Antisemitismus“. In einem Nachtrag zur 2. Auflage verwies er 1906 darauf, daß „der Antisemitismus heute von den verschiedensten bürgerlichen Parteien und Personen als Abzugskanal benutzt (wird), um die Aufmerksamkeit von der eigenen volksfeindlichen Handlungsweise abzulenken. Der Haß gegen die Juden muß den Deckmantel hergeben für alle möglichen Niederträchtigkeiten,

die man selbst begeht, den Juden aber besonders ankreidet.“

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im 1. Weltkrieg und der zunehmenden Revolutionierung der werktätigen Massen präziserte Claß im Herbst 1918, die Stoßrichtung seiner antisemitischen Propaganda: „Es ist nicht mehr genug, die Gebildeten zu gewinnen, es kommt jetzt darauf an, die Massen einzufangen ...“

In Übereinstimmung mit den Auffassungen von Marx und Engels sowie in Fortsetzung der revolutionären Traditionen der deutschen Sozialdemokratie zur Judenfrage befand sich die 1918/1919 entstandene KPD, zu deren Gründern auch Revolutionäre jüdischer Herkunft wie Rosa Luxemburg und Paul Levi gehörten.

Bereits am 24. November 1922 warnte Wilhelm Pieck im Preußischen Landtag vor der Gefahr des heraufziehenden Faschismus: „Es ist überhaupt charakteristisch, daß der Faschismus, diese konterrevolutionäre Bewegung, zwei Schlagworte scharf hervortreten läßt, nämlich: ‚Gegen den Bolschewismus‘ und ‚Gegen das Judentum‘. Mit diesen versucht man, die Bevölkerung über die wahren Absichten der Faschistenbewegung zu täuschen.“ Die KPD bewertete den Rassismus der Nazis als Instrument des Klassenkampfes, während diese die Geschichte in eine Abfolge von Rassenkämpfen verfälschten. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar 1933 und der Judenboykott am 1. April 1933 zeitlich so nah beieinander lagen und jene trafen, welche die Faschisten von Anfang an zu ihren Hauptfeinden erklärt hatten: Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter, bürgerliche Humanisten und Juden. Zunächst richtete sich der Schlag vor allem gegen jüdische Geschäftsleute, Ärzte und Rechtsanwälte. Durch Manipulierung von Millionen Deutschen wurde jener Typ des „arischen Herrenmenschen“ geschaffen, der als Schlächter von Oradour und Lidice, als KZ-Wächter in Auschwitz und Majdanek, Buchenwald und Ravensbrück sowie als Henker überall in den von der faschistischen Wehrmacht besetzten Ländern Europas Massenmorde ohnegleichen beging.

Für die jüdischen Deutschen begann die Zeit der Entrechtung als Staatsbürger, ihre Enteignung und die Nötigung zur Emigration. Selbst den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt, kam die KPD den verfolgten Juden auf vielfältige Weise zu Hilfe. Im „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ widmete sie der „Judenverfolgung in Deutschland“ ein eigenes Kapitel, in dem sie die Verbrechen gegen jüdische Bürger aufdeckte und sich mit den Diskriminierten solidarisierte. Ihr Aufruf „An die katholische Jugend und die Verbände der protestantischen

Bekenntniskirche“ (1937) unterstützte all jene humanistischen Kräfte in den christlichen Kirchen beider Konfessionen – für sie stehen der Jugendpfarrer Josef Roussaint und Pastor Martin Niemöller –, die den „Arierparagraphen“ ablehnten. „Erzwingt Toleranz für die Juden, die Men-



Am 27. Januar 1945 befreiten Rotarmisten die Überlebenden von Auschwitz.

schenantlitz tragen wie wir alle!“, hieß es dort.

Auf der als Brüsseler Konferenz der KPD bekanntgewordenen Beratung (3.–15. Oktober 1935) erklärte Wilhelm Pieck: „Der Hitlerfaschismus praktiziert die uralte Methode aller Volksunterdrücker und Ausbeuter, die Empörung der Volksmassen ... auf die Juden abzulenken.“ Die Delegierten prangerten die am 15. September 1935 in Nürnberg verabschiedeten Rassengesetze an, mit denen die jüdischen Deutschen der elementarsten Menschenrechte beraubt wurden.

Um den Chauvinismus anzustacheln und durch einen Generalangriff auf die wirtschaftlichen Positionen der jüdischen Deutschen die faschistische Kriegskasse zu füllen, inszenierten von der NSDAP-Führung aufgeputschte SA-Horden am 9. und 10. November 1938 im ganzen „Großdeutschen Reich“ – wie sich der Nazi-Staat nach der Annexion Österreichs und von Teilen der Tschechoslowakei nannte – antisemitische Pogrome, die von der Goebbels-Propaganda zynisch als „Reichskristallnacht“ bezeichnet wurden. In dieser Schreckensnacht verwüsteten und plünderten SA- und SS-Trupps Wohnungen, Geschäfte und Einrichtungen der jüdischen Gemeinden. Befehlsgemäß wurden die Synagogen angezündet, jüdische Bürger furchtbaren Demütigungen und Mißhandlungen ausgesetzt. Zur Bilanz dieser Schreckenstage gehörte auch die Verhaftung von 30 000 jüdischen Deutschen. Etwa 20 000 wurden in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau verschleppt, wo sie physischen Terror und psychische Grausamkeiten erdulden mußten. 91 Menschen fielen – nach Angaben der Täter – in der Pogromnacht Mördern zum Opfer. Die Zahl derer, die in den Suizid getrieben oder im KZ getötet wurden, ist nie bekannt geworden.

Die Reichspogromnacht leitete die letzte Etappe der schon 1933 eröffneten Vertreibung der jüdischen Bürger aus ihrem Vaterland ein. Deren Ausplünderung wurde durch den faschistischen Staat perfekt organisiert. Industrieanlagen, Banken, Geschäfte, Grund und Boden jüdischer Eigentümer „arisierte“ man, die Juden auferlegte Geldbuße für das in Paris begangene Attentat Herschel Grynszpan auf den deutschen Legationsrat von Rath, das als Vorwand für den Novemberpogrom diente, bereicherte die Nazis um mehr als eine Milliarde Reichsmark. Zehntausende deutsche Juden flüchteten ins Ausland. Viele von ihnen fielen später den faschistischen Eroberern in ihren Exilländern erneut in die Hände. Ihr Leben endete, wie das der Juden vieler europäischer Staaten, in den Gaskammern der Vernichtungslager.

Es gehört zu den unauslöschlichen Verdiensten der deutschen Kommunisten, daß sie auch in dieser

Frage unverzüglich eine klare Position bezogen. Ihr im Ausland gedrucktes und in Deutschland illegal verbreitetes Zentralorgan „Die Rote Fahne“ veröffentlichte im November 1939 die Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schande der Judenpogrome“. Darin heißt es: „Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben.“ Die KPD wandte sich an alle Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewußten Deutschen: „Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromgesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irreführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die Nazi-Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf.“ Zutiefst davon überzeugt, daß erst durch die Befreiung Deutschlands vom Hitlerregime auch die rassisch Verfolgten ihre Menschen- und Bürgerrechte zurückbekommen würden, nahmen nicht wenige Juden am kommunistischen Widerstand teil. Jüdische Überlebende der Konzentrationslager oder aus dem Exil Heimgekehrte wählten für ihren Neuanfang in großer Zahl die DDR, um dort im antifaschistischen Konsens mit allen anderen zu leben.

Juden in der DDR waren Deutsche unter Deutschen, Gleiche unter Gleichen, Staatsbürger unter Staatsbürgern. Sie besaßen wie alle anerkannten Verfolgten des Nazi-regimes nur ein Privileg: Sie erhielten eine Rente als Opfer des Faschismus.

Dr. Leopoldine Kuntz, Zernsdorf

# Keine neue „Schande von Potsdam“!

## Wiederaufbau der Garnisonkirche muß verhindert werden

Am 21. März jährt sich zum 80. Mal der „Tag von Potsdam“, der als folgenschwerstes Datum in die unselige Geschichte der Königlichen Hof- und Garnisonkirche eingehen sollte. An jenem Tag, an dem Hindenburg die Weimarer Republik auch formell an den Führer der deutschen Faschisten auslieferte, bewahrheitete sich Ernst Thälmanns Warnung, daß Hindenburgs Wahl Hitler den Weg frei mache. Nicht ohne Grund wurde die Garnisonkirche für diesen makabren Akt ausgewählt, war sie doch zeit ihres Bestehens ein Symbol des preußisch-deutschen Militarismus. Erbaut auf Geheiß Friedrich Wilhelm I. – er ging als „Soldatenkönig“ in die Geschichte ein – durch dessen Architekten Philipp Gerlach als Gotteshaus für die Soldaten seiner Majestät, diente sie von Beginn an einem einzigen Zweck: Unter Mißachtung des christlichen Gebots „Du sollst nicht töten“ wurden Preußens Soldaten hier auf Kriege ideologisch eingestimmt. Im Interesse der jeweils Herrschenden schickte man sie auf die Schlachtfelder, um zu töten, getötet zu werden oder als physische und psychische Krüppel heimzukehren. Hier stellte man auch die Trophäen aus mehr oder weniger erfolgreich verlaufenen Feldzügen zur Schau. In die Garnisonkirche wurden die Soldaten zum Gottesdienst befohlen. Sie mußten kompanieweise einrücken, um sich Predigten reaktionärer Geistlicher anzuhören.

Nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, in dem 180 000 Soldaten „für Gott und Kaiser“ ihr Leben gelassen hatten, vernahmen sie vom Hofprediger Rogge: „Es sind die Edelsten unseres Volkes, die in fremder Erde ihr Grab gefunden haben. Die Leichensteine, die dereinst diese Stätte schmücken, werden dem vorübergehenden Wanderer die Namen der ehrwürdigsten Geschlechter unseres Vaterlandes nennen.“ Die zu Helden verkärten Schlachtopfer hatten nichts mehr davon. Ihr Tod aber wurde deutschen Soldaten der nächsten Generationen zur Nacheiferung empfohlen.

Bei einem Feldgottesdienst, der am 7. November 1935 in der Garnisonkirche stattfand, hieß es von der Kanzel: „Wer ist ein Mann? Der sterben kann für Freiheit, Pflicht und Recht. In Sturm und Wetter, in Angst und Grauen, in Not und Tod soll es heißen: Ich will mich lieber bei lebendigem Leibe in Stücke hauen lassen, als daß ich ein Feigling, ein Verräter und ein ehrloser Mann werde. Der ist ein Mann, der sterben kann wie eure Väter 1914 ..., die in den großen Schlachten des Weltkrieges kämpften, siegten, bluteten und fielen.“

Ich will den in dieser Sache Engagierten nicht unterstellen, sie nähmen die 80. Wiederkehr des berühmten „Tages von Potsdam“ zum Anlaß für den Beginn des Wiederaufbaus der Garnisonkirche. Sie berufen sich offensichtlich auf ein



„Historischer“ Handschlag zwischen Mördern zweier Weltkriege am „Tag von Potsdam“: Hindenburg und Hitler

anderes Datum. Vor 45 Jahren wurden die Überreste der durch britische Bomber zerstörten Garnisonkirche gesprengt und abgetragen, wofür es zwei einleuchtende Gründe gab: die historische Belastung des Gebäudes und die Notwendigkeit, Baufreiheit zur Erweiterung der Breiten Straße auf drei Fahrbahnen zu schaffen. Dieser Verkehrsweg war ursprünglich allein für Kutschen konzipiert worden, gehörte aber inzwischen zu den am meisten frequentierten Potsdamer Straßen.

Schon in den 80er Jahren stellten in der damaligen BRD vorrangig Militärs Überlegungen an, die Garnisonkirche im Falle einer als „Wiedervereinigung“ ausgegebenen Vereinnahmung der DDR zu rekonstruieren. Zu diesem Zweck gründete sich in Iserlohn beim Fallschirmjägerbataillon 271 der Bundeswehr unter dessen Kommandeur Oberstleutnant Max Klaar der Verein „Potsdamer Glockenspiel“. Er ließ eine Nachahmung des am 14. April 1945 vernichteten Glockenspiels in der Absicht bauen, diese im Falle der nach BRD-Vorstellungen herbeigeführten Annexion als ersten Schritt zum Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam aufzustellen.

Nach der konterrevolutionären Rückwärtsbewegung am Ziel ihrer Wünsche gelangt, gründeten entsprechende BRD-Kreise zunächst eine Stiftung und dann die Fördergesellschaft zum Wiederaufbau der Garnisonkirche. Generalleutnant a. D. Schönbohm – ein CDU-Politiker im Waffenrock der Armee des deutschen Imperialismus und zu jener Zeit Innenminister des Landes Brandenburg – übernahm die

Schirmherrschaft. Sehr aufschlußreich ist auch, daß vor allem aktive und ehemalige Offiziere der Bundeswehr beim Aufbau dieser Strukturen und deren materieller Absicherung tonangebend waren und sind. So ist zum Beispiel der heutige Vorsitzende der Fördergesellschaft ein Oberst a. D. namens Burkhardt Franck. Da scheint es nur folgerichtig zu sein, wenn aus solchen Kreisen der Gedanke geäußert wird, eine wiedererstandene Garnisonkirche als Gedenkstätte für bei „Auslandseinsätzen“ gefallene Bundeswehr-Angehörige zu nutzen. Die Motive für derlei Bestrebungen liegen auf der Hand: Das vermeintliche Gotteshaus soll alte unselige Traditionen fortsetzen.

Die Stiftung ist damit befaßt, Geld für ihr Projekt zu beschaffen, während sich die Fördergesellschaft um die Propagierung des Vorhabens kümmert. Da es – aus ideologischer Sicht – keinerlei Rechtfertigung für den Wiederaufbau der Kirche gibt, greift man zum altbewährten Mittel der Geschichtsklitterung. Der seit

den Tagen des Soldatenkönigs betriebene Mißbrauch der Kirche für militaristische Zwecke wird einfach geleugnet. Der Handschlag Hindenburg-Hitler sei „ein einmaliger historischer Ausrutscher“ gewesen, heißt es. Mehr noch: Die Garnisonkirche wird sogar als ein Hort des antifaschistischen Widerstandes ausgegeben, weil einige am Attentat auf Hitler im Juli 1944 beteiligt gewesene Offiziere der damaligen Kirchgemeinde angehört haben sollen. Wahrheit hingegen ist, daß in der Garnisonkirche auch nach dem „Tag von Potsdam“ unablässig militärische Zeremonien mit religiösen Weihen und Feldgottesdiensten stattfanden, bei denen unverhüllt Kriegspropaganda betrieben wurde. Karl Gass hat das in seinem Buch über diese Kirche eindeutig nachgewiesen.

Der berühmte „Reichsbischof“ Ludwig Müller und Reichsjugendführer Baldur von Schirach vereinbarten am 20. November 1933 ein „Abkommen über die Eingliederung der Evangelischen Jugend in die Hitlerjugend“. Dazu organisierten beide eine Großkundgebung der jungen Faschisten in der Garnisonkirche. Am 24. Januar 1934 zog von Schirach in deren Räumen eine Weihe von 342 Bannern der Hitlerjugend mit der „Blutfahne der deutschen Jugend“ ab. „Es gibt in ganz Deutschland kaum einen Raum, in dem sich die Jugend so zu Hause fühlen kann wie in dieser Kirche“, verkündete er dort.

Unverständlich ist unter Beachtung all dieser Tatsachen, daß die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung den Beschluß zu fassen wagte, den Turm der

Garnisonkirche an alter Stelle wiedererrichten zu lassen und das dafür bereitgestellte Grundstück der erwähnten Stiftung kostenlos zu überschreiben. Städtische Mittel sollten allerdings nicht verwendet werden. Diese Festlegung ist deshalb absurd, weil allein das übereignete Terrain einen Wert von rund zwei Millionen Euro besitzt. Es ist bedauerlich, daß auch die Fraktion der damaligen PDS diesem unsittlichem Vorgehen ihre Zustimmung nicht versagt hat. Seitdem bemühen sich Stiftung und Fördergesellschaft, das Geld zur Finanzierung des Bauvorhabens aufzutreiben. Für den Turm wurden 40 Millionen und für das Kirchenschiff 60 Millionen Euro veranschlagt. Bisher sind allerdings noch nicht einmal fünf Millionen zusammengekommen. Angeblich wollen die „Wiederaufbauaktivisten“ ihr Ziel ganz ohne öffentliche Mittel erreichen. Doch das entspricht nicht der Wahrheit. Zwei Millionen „spendete“ allein die Landesregierung aus dem Vermögensfonds nach der Konterrevolution enteigneter Parteien und Massenorganisationen der DDR. Sind das keine öffentlichen Mittel?

Ganz abgesehen davon, daß diese Verwendung zweckentfremdet ist, da das Geld ausdrücklich allein für Pflege und Erhalt von Mahn- und Gedenkstätten bereitgestellt werden darf. 250 000 Euro stammen von der Evangelischen Militärfürsorge, und 22 800 Euro stellte die Lottostiftung des Landes Brandenburg – also die „rot-rote“ Regierung Platzeck – für die Ausgestaltung des Büros der Aufbaustiftung zur Verfügung. Echte Spenden stammen demnach nur von der Siemensstiftung (1 Million Euro), aus einer Erbschaft über 700 000 Euro sowie aus Kleinbeträgen. Mehr als zwei Drittel des bisher verfügbaren Betrages kommen also aus öffentlichen Kassen. Angeblich haben die Stadt Potsdam und die Landesregierung beschlossen, es bei den genannten Summen zu belassen. Wer das glaubt, wird selig.

Obwohl bislang nur knapp fünf Prozent der für den Bau veranschlagten Summe zur Verfügung stehen, will man noch 2013 ans Werk gehen. Dabei reicht das Geld nicht einmal für ein Zehntel des Turmes. Das Kalkül besteht offensichtlich darin, vollendete Tatsachen zu schaffen. Eine Bauruine dieser Art wäre für Potsdam eine Schande, wird spekuliert. Also, Stadtväter, finanziert gefälligst den Rest aus Steuergeldern, um euch nicht vor der Weltöffentlichkeit zu blamieren! Das wäre Erpressung! Hinzu kommt, daß für die Wiedererrichtung des

Gebäudes die Breite Straße auf je zwei Fahrbahnen – wie vor 1963 – zurückgebaut werden müßte. Dazu hat die Stadt bereits grünes Licht gegeben.



Seite an Seite: Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums und die NPD-Spitze bei der gemeinsamen Kranzniederlegung für die Bombenopfer von Dresden im Februar 2011

Selbstverständlich trägt sie in diesem Falle die Kosten. Die Steuerzahler sollen für das entstehende Verkehrschaos auch noch



Die Worte wurden Herrn de Maizière entlehnt.

Grafik: Gertrud Zucker

aufkommen! Schon jetzt stößt die Durchlässigkeit dieser Straße in den Hauptverkehrszeiten an ihre Grenzen.

Widerstand gegen diese Provokation leistet eine im Mai 2011 gegründete Bürgerinitiative „Für ein Potsdam ohne Garnisonkirche!“, in der auch ich mich engagiere. Zu ihr gehören Gegner des Vorhabens, die ihrer Weltanschauung und Herkunft nach nicht unterschiedlicher sein könnten. Christen, Atheisten, Parteilose, Mitglieder der Partei Die Linke, der Fraktion Die Andere, Friedensaktivisten, frühere Offiziere der NVA u. a. gehören dazu. Sie alle eint das Anliegen, den Wiederaufbau der Garnisonkirche zu verhindern. Zu den prominenten

Unterstützern der Bürgerinitiative zählt übrigens auch Pastor Friedrich Schorlemmer. Er erklärte, daß man ein mit brauner Asche besudeltes Gebäude nicht durch den Neubau weißwaschen könne.

Ob das von den „Aktivisten“ so gewollt ist oder nicht: Unvermeidlicherweise würde eine wiedererrichtete Garnisonkirche zum Wallfahrtsort für alte und neue Faschisten. Im Internet ist bereits zu erfahren, mit welchem Wohlwollen rechtsextreme Organisationen die Aufbaubestrebungen verfolgen. Auch der berüchtigte „Thüringer Heimatschutz“ befindet sich mit im Boot.

Unsere Bürgerinitiative warnt vor all dem und organisiert über eigene Veranstaltungen, Info-Stände und Veröffentlichungen in der lokalen Presse den Widerstand. Der promovierte Astronom Frank Baier hat übrigens ein aufschlußreiches Buch „Die Garnisonkirche braucht niemand“ veröffentlicht, in dem die Argumente gegen deren Rekonstruktion zusammengefaßt sind.

Die Potsdamer haben die Möglichkeit, einen Bürgerhaushalt aufzustellen, in den sie ihre Anregungen zur Einsparung und Verwendung städtischer Haushaltsmittel einbringen können. Er wird der Bevölkerung zur Abstimmung unterbreitet. Wir betrachten es als Erfolg, daß unser Vorschlag, für den Wiederaufbau und Unterhalt der Garnisonkirche keinerlei städtische Mittel zur Verfügung zu stellen, hier mit beträchtlichem Vorsprung den ersten Platz belegt hat.

Unterschiedliche Meinungen gibt es in der Bürgerinitiative über Alternativen zur Garnisonkirche. Ich selbst neige zu einer Idee des Potsdamer Pfarrers Uwe Dittmar, der 1945 in einem Andachtsraum des schwerbeschädigten Turmes Gottesdienste abhielt. Nach seiner Auffassung könnte man ein multireligiöses Zentrum entstehen lassen, in dem jede der hierzulande anerkannten Konfessionen über eigene Gebetsräume verfügt, wobei in der Mitte des Gebäudes ein Tagungs- und Begegnungsbereich geschaffen werden sollte. Dieser böte Gelegenheit zu einem ständigen Dialog zwischen den Religionen und zum wechselseitigen Kennenlernen. Das Bemühen um Versöhnung gläubiger Menschen könnte so – acht Jahrzehnte nach der Schande von Potsdam – der Friedensbereitschaft neue Impulse geben.

Obst a. D. Michael Brix

Unser Autor ist Vorsitzender der RF-Regionalgruppe Potsdam.